



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Haupt- und Finanzausschuss**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Montag, 29.10.2007**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **18:07 Uhr**

Vorsitz

Herr Bürgermeister Helmut Predeick

Teilnehmer

Herr Oliver Bäumker	ab 17:23 Uhr
Frau Monika Bushuven	
Herr Ernst-Rainer Fust	als Vertreter für Herrn Rodriguez
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff	
Frau Hildegard Hödl	als Vertreterin für Herr Voelker
Herr Heinz Junkerkalefeld	nur öffentlicher Teil, bis 17:55 Uhr
Herr Winfried Kaup	
Herr Karl-Friedrich Knop	
Frau Beatrix Koch	
Frau Barbara Köß	
Herr Peter Kwiotek	
Frau Elisabeth Lesting	
Herr Ralf Niebusch	
Herr Paul Tegelkämper	
Frau Maria Wieschmann	

Verwaltung

Herr Klaus Aschhoff
Frau Kirsten Beermann
Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter
Herr Michael Jathe, Erster Beigeordneter

Herr Ludger Junkerkalefeld
Herr Bernhard Rose
Herr Jakob Schmid
Herr Thomas Wulf

Schriftführerin

Frau Regina Haferkemper

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr J.-Francisco Rodriguez
Herr Hans-Gerhard Voelker

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13. August 2007	4
3. Zusammenschluss der Aktion Münsterland und der Münsterland Touristik zum Verein Münsterland-Marketing e.V. Vorlage: B 2007/013/1088	5-6
4. Überarbeitung der Familienpassrichtlinien unter Berücksichtigung des Landesprogrammes "Kein Kind ohne Mahlzeit" Vorlage: B 2007/500/1107	6-8
5. Dringlichkeitsentscheidung -Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule an der Theodor-Heuss-Schule Vorlage: B 2007/400/1126	8-9
6. Zuschuss im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsarbeit; - Zuschuss an die PRO ARBEIT 2008 Vorlage: B 2007/500/1110	9-10
7. Bericht zum Hochwasserereignis vom 21. August 2007	11
7.1. Bericht zum Hochwasserereignis vom 21. August 2007 - hier: Ereignisse und weitere Untersuchungen Vorlage: M 2007/III/1113	11
7.2. Bericht zum Hochwasserereignis vom 21. August 2007 - hier: vorläufige Schadensaufstellung	11
8. Sachstandsbericht zum Fachhochschulstandort Oelde	11-12
9. Verschiedenes	13
9.1. Mitteilungen der Verwaltung	13
9.2. Anfragen an die Verwaltung	13

Herr Bürgermeister Predeick begrüßt die anwesenden Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und den Zuhörer sowie Frau Haunhorst von der „Glocke“. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Anschließend eröffnet er die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Herr Bürgermeister Predeick, dass der Haupt- und Finanzausschuss im Wege der Dringlichkeit über die Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule an der Theodor-Heuss-Schule beraten und entscheiden soll. Die entsprechende Vorlage Nr. B 2007/400/1126 wurde bereits an alle Ratsmitglieder auf dem Postweg in der vergangenen Woche verschickt.

Herr Knop beantragt für die FWG-Fraktion die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes in die Sitzung. Da es sich um ein für alle wichtiges Thema handele, sollte Herr Bürgermeister Predeick über den Sachstand „Fachhochschulstandort Oelde“ berichten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

TOP 5 – neu

Dringlichkeitsentscheidung – Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule an der Theodor-Heuss-Schule

Und

TOP 7 – neu

Sachstandsbericht über den Fachhochschulstandort Oelde.

Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich niemand für befangen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13. August 2007

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 13. August 2007.

3. Zusammenschluss der Aktion Münsterland und der Münsterland Touristik zum Verein Münsterland-Marketing e.V. Vorlage: B 2007/013/1088

Herr Wulf trägt vor:

Der Münsterland Touristik gehören alle 66 Städte und Gemeinden und die 4 Kreise des Münsterlandes sowie 5 angrenzende Kommunen an. Neben den Kommunen und Kreisen des Münsterlandes sind in der Aktion Münsterland 350 Unternehmen Mitglied.

Ziel des Zusammenschlusses der Aktion Münsterland und der Münsterland Touristik zum Verein Münsterland-Marketing e.V. ist ein einheitliches Regionen- und Tourismusmarketing unter einer Dachmarke Münsterland. Durch die Bündelung der beiden Einrichtungen wird ein einheitliches und effektives regionales Marketing in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft und Kultur mit gemeinsamen Projekten und Aktionen erreicht. Die Wettbewerbsfähigkeit des Münsterlandes im Wettbewerb der Regionen wird gestärkt. Diese Zielrichtung entspricht den Forderungen der Stadt Oelde, die diese bei ihrem Wiedereintritt in die Aktion Münsterland im Jahr 2006 nochmals verdeutlicht hat.

Die Fusion wurde von einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Vorstände beider Vereine und den beiden Geschäftsführern unter Begleitung der Firma PLEON vorbereitet. Sitz des neuen Vereins soll der Flughafen Münster - Osnabrück (FMO) sei.

Der Vorstand setzt sich aus neun stimmberechtigten und zwei beratenden Mitgliedern zusammen. Fünf der stimmberechtigten Mitglieder entfallen auf die Kreise und die Kommunen (2 Kreise, 2 kreisangehörige Kommunen, 1 Stadt Münster). Die Besetzung der Kreise und kreisangehörigen Kommunen wechselt alle 3 Jahre.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 0,70 € / Einwohner und Jahr, für Kreise und Kommunen gemeinsam. Der Kreis Warendorf beabsichtigt, den Beitrag für die Kommunen mit zu übernehmen. Die Gesamtkosten betragen kreisweit 198.800 € jährlich. Die Stadt Oelde verfügt trotz der Beitragszahlung durch den Kreis Warendorf über die entsprechenden Stimmrechte in der Mitgliederversammlung.

Da die Fusion bereits in einer Gründungsversammlung am 12. November 2007 stattfinden soll und bis zu diesem Termin keine Ratssitzung mehr stattfindet, ist notwendig, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 29. Oktober dieser vorab zustimmt. Die Beschlussfassung ist in der Sitzung des Rates der Stadt Oelde am 3. Dezember zu genehmigen.

Bislang wird die Stadt Oelde in den Mitgliederversammlungen der zu vereinigenden Vereine wie folgt vertreten:

Münsterland Touristik Grünes Band (Beschluss vom 15. Oktober 2004):

Mitglied: Junkerkalefeld, Ludger
Stellvertreter: Rettig, Wolfgang

Aktion Münsterland (Beschluss vom 12. Juni 2006):

Mitglied: Bürgermeister Predeick, Helmut
Stellvertreter: Junkerkalefeld, Ludger

Vorgeschlagen wird, folgende Vertreter in die Mitgliederversammlung des Vereines Münsterland Marketing zu entsenden:

Mitglied: Bürgermeister Predeick, Helmut
Stellvertreter: Junkerkalefeld, Ludger

Die Mustersitzungsvorlage für die Räte und Kreistage im Münsterland, der Entwurf des Verschmelzungsvertrages, der Entwurf der Beitragsordnung und der Entwurf der Satzung wurden bereits mit der Einladung zu dieser Sitzung versandt und sind daher in der Niederschrift nicht noch einmal beigefügt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Gründung des Vereins Münsterland-Marketing e.V. durch Verschmelzung der Aktion Münsterland e.V. und der MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e.V. wird zugestimmt.
2. Den mit der Einladung zugesandten Entwürfen des Verschmelzungsvertrages, der Satzung und der Beitragsordnung des Münsterland-Marketing e.V. wird zugestimmt.
3. In die Mitgliederversammlung werden entsandt:
 - a. Als Mitglied: Herr Bürgermeister Helmut Predeick
 - b. Als Stellvertreter: Herr Ludger Junkerkalefeld

Dem Rat der Stadt Oelde werden die oben genannten Beschlüsse am 03.12.2007 zur Genehmigung vorgelegt.

4. Überarbeitung der Familienpassrichtlinien unter Berücksichtigung des Landesprogrammes "Kein Kind ohne Mahlzeit" Vorlage: B 2007/500/1107

Mit Beschluss vom 17.09.2007 hat der Rat entschieden, an dem auf zwei Jahre befristeten Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teilzunehmen. Über das Landesprogramm werden 200 Essen/Kind/Schuljahr gefördert.

Eine Senkung des verbleibenden Elternbeitrags auf unter 1,- € durch unveränderte Beibehaltung der Förderrichtlinien des Familienpasses zusätzlich zum Landesanteil aus dem Fond ist nicht zulässig.

Sollte ein Kind an mehr als 200 Mahlzeiten teilnehmen, soll die Förderung zu den Bedingungen aus dem Familienpass erfolgen. Bei der Berechnung der Elternbeiträge geht der FD 400 von 228 Tagen aus, so dass für 28 Tage ein Zuschuss über den Familienpass erforderlich ist.

Weitere Einzelheiten dazu enthält die Niederschrift zur v.g. Ratssitzung.

Bei der Beitragsberechnung durch den FD 400 werden die möglichen Zuschüsse direkt vom Rechnungsbetrag abgezogen, so dass die Eltern keine gesonderten Erstattungsanträge stellen müssen.

Der Ansatz für den kommunalen Anteil an der Übermittagbetreuung erfolgt zukünftig im FD 400, ca. 25.000 € sind hier einzukalkulieren.

Beim FD 500 verbleibt der Ansatz für die übrigen Familienpassleistungen mit einem Ansatz von 5.000 € für 2008.

Herr Jathe trägt hierzu ergänzend vor:

„Ich kann Ihnen heute die erfreuliche Mitteilung machen, dass der Stadt Oelde seit vergangenem Freitag der Förderbescheid des Landes NRW über 12.400 € aus dem Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ vorliegt.

Damit kann das Mittagessen von 62 Kindern an Oelder offenen Ganztagsgrundschulen weiter vergünstigt werden.

Im Einzelnen:

Derzeit besuchen 202 Kinder die Offenen Ganztagsgrundschulen in Oelde. Zum Besuch gehört auch die Teilnahme an einem gemeinsamen Mittagessen. Für das Mittagessen fallen derzeit Kosten von durchschnittlich 2,70 € an.

Für insgesamt 94 dieser Kinder wird das Essen finanziell durch Zuschüsse des Landes und der Stadt Oelde im Rahmen des Familienpasses vergünstigt.

Und zwar erhält der Fachdienst Schule für 62 dieser Kinder Zuschüsse aus dem Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ (1 € je Essen) und weitere 70 Cent im Durchschnitt aus dem Familienpass, so dass für diese Kinder der von den Eltern aufzubringende Elternanteil je Essen sich auf 1 € reduziert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Eltern im Bezug von Leistungen für Langzeitarbeitslose nach dem SGB II.

Für weitere 32 Kinder wird darüber hinaus ein kommunaler Zuschuss allein aus dem Familienpass bewilligt. Dieser beträgt 50 % der Essenskosten, so dass hier für die Eltern derzeit ein Eigenanteil von 1,35 € je Essen verbleibt. Hierbei handelt es sich um geringverdienende Eltern, die jedoch nicht im SGB-II Bezug stehen.

Damit wird das Essen bedürftiger Kinder in den Offenen Ganztagsgrundschulen im kommenden Schuljahr mit etwa 25.000 € aus kommunalen Mitteln und weiteren 12.400 € aus Mitteln des Landesprogramms „kein Kind ohne Mahlzeit“ gefördert.

Eltern, deren Kinder eine derartige weitere Vergünstigung im Rahmen des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ erhalten, werden entsprechend vom Fachdienst Schule unterrichtet. „

Die Beschlussempfehlung im Ausschuss für Familien und Soziales erfolgte einstimmig.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, die Richtlinien für den Familienpass unter Berücksichtigung des auf zwei Jahre befristeten Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wie folgt anzupassen:

(zur Klarstellung ist die Textpassage aus den Familienpassrichtlinien aufgeführt, die Änderungen sind grau hinterlegt)

III) Leistungskatalog

1. Eine Ermäßigung von 50 % wird gewährt auf
 - kulturelle Veranstaltungen von FORUM Oelde (Ermäßigung wird nur in der jeweils niedrigsten Preiskategorie gewährt)
 - Kurse und Einzelveranstaltungen der VHS Oelde-Ennigerloh (ausgenommen Studienreisen). Landes- oder bundesweite Förderungsmöglichkeiten sind hierbei vorrangig in Anspruch zu nehmen.
 - Benutzerausweis der Stadtbücherei Oelde
 - Eintrittskarten der Burgbühne Stromberg
 - Eigenanteil der Schulbücher. Die gesetzlichen Befreiungen müssen vorrangig in Anspruch genommen werden.
 - Auf die Kosten des Mittagessens im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschulen in Oelde, maximal jedoch 1,50 € pro Mittagessen. Besonderheiten (Ziffer 5) gelten für Kinder, die im Rahmen des Landesprogramms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ gefördert werden.

- Kurse und Einzelveranstaltungen des Jugendwerkes „Alte Post Oelde“ einschließlich Elternbeiträge für die Übermittagbetreuung
 - Elternbeiträge für die Verlässliche Halbtagschule 8-1 an Oelder Schulen
 - Zusatzkosten für die Nutzung der Schulwegjahreskarten außerhalb der Schulzeit
 - Teilnehmerbeiträge für Veranstaltungen/Maßnahmen im Rahmen der Oelder Ferienspieltage
2. Für Klassenfahrten müssen die gesetzlichen Beihilfen vorrangig in Anspruch genommen werden. Nehmen mehrere Kinder einer Familie im Kalenderjahr an einer von der Schulkonferenz genehmigten Fahrt teil, wird für das zweite und jedes weitere teilnehmende Kind ein Zuschuss bis 75,00 € zum nicht gedeckten Eigenanteil gewährt.
 3. Der Eigenanteil für die Elternkurse „Starke Eltern – starke Kinder“ der Familienbildungsstätte wird erstattet. Der Elterngutschein des Kreises Warendorf muss vorrangig eingelöst werden.
 4. Auf die Geldwertkarten für das Hallenbad wird ein Nachlass von 5,00 € gewährt.
 5. Abweichend von den vorgenannten Förderrichtlinien zur Förderung der Kosten des Mittagessens im Bereich der Offenen Ganztagschulen (Ziffer 1) gilt für Kinder, deren Essen im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschulen im Rahmen des Landesprogramms "Kein Kind ohne Mahlzeit" gefördert wird, folgende Sonderregelung:

Solange und soweit für ein namentlich berechtigtes Kind eine Landesförderung zu den Kosten des Mittagessens aus dem Programm "Kein Kind ohne Mahlzeit" bewilligt wird, beträgt der Elternanteil je Essen 1 €, hinzu kommt ein gleich hoher Landeszuschuss. Der verbleibende Restbetrag der Kosten des Mittagessens wird im Rahmen des Familienpasses für Berechtigte des Programms "Kein Kind ohne Mahlzeit" übernommen. Die Landesförderung ist auf 200 Essen je Schuljahr begrenzt. Sollte ein Kind an mehr als 200 Mittagessen je Schuljahr teilnehmen, gelten ab dem 201ten Essen für die Förderung wieder die üblichen Förderbedingungen des Familienpasses. "

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen treten die Ergänzungen rückwirkend zum 01.08.2007 in Kraft.

5. Dringlichkeitsentscheidung -Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule an der Theodor-Heuss-Schule Vorlage: B 2007/400/1126

Der Rat der Stadt Oelde hat in seiner Sitzung am 29.01.2007 den Antrag auf Errichtung des Ganztagsbetriebs an der Theodor-Heuss-Hauptschule mit dem Vorbehalt verbunden, dass mit der Einrichtung auch eine Landesförderung für Lehrerstellen wie auch eine Bundesförderung für die notwendigen Investitionskosten erfolgt. Der entsprechende Erstantrag wurde in 2007 bekanntlich mangels ausreichender Landesmittel abgelehnt.

Mit Schreiben vom 12.07.2007 hat das Schulministerium erstmals mitgeteilt, dass allen Schulträgern, die in den bisherigen Antragsverfahren noch keine Zusage zu Einrichtung eines gebundenen Ganztagsbetriebes erhalten haben, zum Schuljahr 2008/2009 ein Bewilligungsbescheid erteilt werden soll. Das Ministerium weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die Möglichkeit, Mittel aus dem IZBB-Programm des Bundes für den An- und Umbau der Hauptschule zu beantragen, nicht mehr besteht. In dem damaligen Schreiben wurden die Schulträger lediglich aufgefordert bis zum 31.10.2007 mitzuteilen, ob Sie Ihren Antrag aufrecht erhalten wollen.

Mit Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 11.10.2007 haben aber alle Schulträger, die bisher im Genehmigungsverfahren nicht berücksichtigt wurden, bis zum 15.11.2007 (Ausschlussfrist) **im Wege eines Neuantrages** zu erklären, dass Sie weiterhin einen Ganztagsbetrieb einführen wollen.

Da der Ratsbeschluss vom 29.01.2007 aber unter dem Vorbehalt der Investitionskostenförderung stand, ist er zu erneuern.

Es ist ausdrücklich zu bestätigen, dass auch ohne Investitionskostenförderung der Antrag auf Ganztags Hauptschulbetrieb aufrecht erhalten bleibt. Im vergangenen Schulausschuss gab es im Rahmen der Beratungen entsprechende Erklärungen der Fraktionen, die notwendigen kommunalen Mittel in den kommenden Jahren bedarfsgerecht bereitzustellen.

Für den Ganztagschulbetrieb einer 3-zügigen Schule entsteht nach den geltenden Schulbaurichtlinien ein zusätzlicher Raumbedarf von mindestens 600 m². Somit fällt alleine für die tatsächlichen Baukosten ein Betrag in Höhe von 1,2 Mio. € an. Im Haushalt sollen daher über 4 Jahre verteilt insgesamt 1,5 Mio. € für Zwecke des Ganztagschulbetriebs zur Verfügung gestellt werden. Hiervon entfallen ca. 0,3 Mio. € auf die Ausstattung der Räume und ca. 1,2 Mio. € auf die notwendigen baulichen Investitionen.

Ein entsprechender Ratsbeschluss steht noch aus. Der einstimmige politische Wille hierzu war in der Schulausschusssitzung vom 07.08.2007 erkennbar.

Wegen des aktuellen Erlasses mit der Fristsetzung zum 15.11.07 kann aber der Beschluss des Rates im Rahmen der Haushaltsplanberatungen nicht abgewartet werden. Da vor dem vom Schulministerium gesetzten Termin, dem 15.11.2007 keine reguläre Ratssitzung stattfindet, bedarf es im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 GO NW eines ersetzenden Beschlusses durch den Hauptausschuss, dass der Antrag auf Ganztagschulbetrieb an der Theodor-Heuss-Hauptschule zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufrechterhalten wird und die Stadt Oelde die notwendigen Investitionskosten bedarfsgerecht bereitstellt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Rahmen der Dringlichkeit nach § 60 Abs. 1 GO einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, den Antrag auf Einrichtung eines gebundenen Ganztagsbetriebes an der Theodor-Heuss-Schule bei der Bezirksregierung zu erneuern. Die Stadt Oelde wird die notwendigen Investitionskosten auch ohne eine entsprechende Bundesförderung bedarfsgerecht in den kommenden Haushaltsjahren zur Verfügung stellen.

Die Entscheidung ergeht als Dringlichkeitsentscheidung. Dem Rat der Stadt Oelde wird der Beschluss in seiner Sitzung am 03.12.2007 zur Genehmigung vorgelegt.

6. Zuschuss im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsarbeit; - Zuschuss an die PRO ARBEIT 2008 Vorlage: B 2007/500/1110

Herr Jathe erläutert den Sachverhalt:

Unstreitig leistet die PRO ARBEIT Oelde im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung weiterhin eine sehr gute Arbeit. Ganz besonders profitieren die Asylbewerber von der guten Vermittlungsarbeit. Ohne die guten Kontakte der PRO ARBEIT zur heimischen Wirtschaft hätte dieser Personenkreis trotz der inzwischen gelockerten Arbeitsmarktbedingungen wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die PRO ARBEIT kann trotz des schwierigen Klientels auch im Bereich SGB II weiterhin hohe Vermittlungserfolge (64 Personen in sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten, 8 Personen in 400-€-Jobs in 2006) vorweisen. Der hohe Standard in der Beratung, Betreuung und Vermittlung konnte dabei nur gehalten werden, weil die Zuschüsse der Stadt Oelde als sichere Planungsbasis zur Verfügung standen. Aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen BA und den ARGEn über Ausgestaltung und Zulässigkeit von

Brückenjobs waren die bewilligten Stellen 2006 teilweise nur zu 40% ausgelastet, diese Geringsauslastung hat sich bis in das Jahr 2007 hineingezogen. Ohne die Zuschüsse der Stadt Oelde im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung wären Personalentlassungen unausweichlich gewesen.

Ein fester Grundzuschuss der Stadt Oelde für die PAO ist nach Feststellung von Herrn Bockey als Geschäftsführer der PRO ARBEIT deshalb zur Weiterführung einer qualifizierten Arbeit auf gleich hohem Niveau wie 2007 in Höhe von 102.500 € erforderlich.

Trotz sinkender Betreuungszahlen verbleiben Fixkosten für Personal, Ausstattung, Betreuung in gleicher Höhe. Hierfür wird ein Sockelbetrag als Zuschuss bewilligt.

Darüber hinaus ist eine Trennung zwischen den einzelnen Bereichen SGB II und Asyl dauerhaft von der Konzeption her nicht möglich und auch im Rahmen einer Integration nicht gewollt.

Der Schwerpunkt der Betreuungsarbeit liegt in den Bereichen Radstation und Recycling, beide Bereiche sind dauerhaft auf Zuschüsse angewiesen. Der Kiosk wird, da hier Einnahmen erzielt werden können, aus der Projektförderung herausgenommen.

Die seinerzeit erfolgte Aufteilung des Zuschusses in Radstation, Kiosk, Recycling und Asyl entspricht dadurch nicht den jetzigen Anforderungen und wird geändert.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, Folgendes zu beschließen:

Die PRO ARBEIT Oelde e.V. erhält 2008 einen Zuschuss für die Kommunale Beschäftigungsförderung in den Bereichen Radstation, Recycling-Projekt Mix-Max 90.000€ und die Betreuung der Asylbewerber 12.500 €; Gesamtzuschuss: 102.500 €.

Die seinerzeit erfolgte Aufteilung des Zuschusses in Radstation, Kiosk, Recycling und Asyl entspricht nicht den jetzigen Anforderungen und wird geändert in:

Kommunale Beschäftigungsförderung Allgemeiner Arbeitsmarkt

Ausweisung im Haushalt unter:

Produkt: Förderung von Trägern mit sozialer Zielsetzung

05.04.03. 5314001

Sockelförderung: 60.000 €

Radstation: 10.000 €

Recycling: 20.000 €

(100 bewilligte Brückenjobs zugrunde gelegt)

Kommunale Beschäftigungsförderung Bereich Asyl

Ausweisung im Haushalt unter:

Produkt Leistungen für Asylbewerber u. ausl. Flüchtlinge

05.04.01. 5314001

Sockelförderung: 10.000 €

Fallpauschale : 2.500 €

(250€/Person)

Die Projektzuschüsse werden nach unten angepasst, wenn die Betreuungszahlen im Bereich Asyl weiter sinken.

7. Bericht zum Hochwasserereignis vom 21. August 2007

7.1. Bericht zum Hochwasserereignis vom 21. August 2007 - hier: Ereignisse und weitere Untersuchungen

Vorlage: M 2007/III/1113

Es erfolgt ein mündlicher Bericht durch Herrn Hauke. Er erklärt anhand einer Übersichtskarte die Einzugsbereiche von Rathausbach und Axtbach. Die vorhandenen Höhenrücken und baulichen Gegebenheiten würden die Einzugsbereiche bilden. Zwei Haupteinzugsbereiche ließen sich ablesen. Der Rathausbach habe einen Einzugsbereich von ca. 8,2 km², umgerechnet 800 ha, der Axtbach einen Einzugsbereich von ca. 24 km², umgerechnet 2.400 ha, berichtet er weiter.

Allein bei einem Regenereignis mit einer Regenmenge von zum Beispiel 50 l/m² pro Tag würden ca. 1,2 Millionen m³ Wasser anfallen, dies sei rund die 520fache Wassermenge des Freibades. Diese Beispielrechnung diene der Veranschaulichung, Fließzeiten, Versickerungs- und Abflussmengen seien hierin nicht berücksichtigt, erläutert Herr Hauke.

Beim dem Hochwasserereignis am 21.08.2007 kam erschwerend hinzu, dass die Böden bereits auf Grund der vorangegangenen Regenfällen gesättigt waren und innerhalb kurzer Zeit erhebliche Niederschläge fielen.

Zum weiteren Vorgehen erläutert Herr Hauke, dass ein Ingenieurbüro beauftragt worden sei, in Zusammenarbeit mit dem Fach- und Servicedienst Tiefbau und Umwelt, dieses Hochwasserereignis zu untersuchen. Über die Ergebnisse werde die Politik weiter informiert.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

7.2. Bericht zum Hochwasserereignis vom 21. August 2007 - hier: vorläufige Schadensaufstellung

Den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses wird anhand von Fotos die Situation im Parkbad und im Kindermuseum dargestellt. Herr Bürgermeister Predeick erläutert anschließend die vorläufige Schadensaufstellung. Insgesamt seien bisher Schäden von etwa 700.000 Euro zu verzeichnen, wovon durch Versicherungsleistungen etwa 440.000 Euro gedeckt werden. Einige Schäden, z.B. im Bereich von Wegen und Plätzen oder am Brückenbauwerk, hätten nicht durch eine Versicherung versichert werden können.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

8. Sachstandsbericht zum Fachhochschulstandort Oelde

Herr Bürgermeister Predeick berichtet über den bisherigen Sachstand bezüglich der möglichen Einrichtung einer Fachhochschule am Standort Oelde bzw. den bisherigen zeitlichen Ablauf:

Herr Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hatte in einem Brief an die NRW-CDU die Gründung von drei neuen Fachhochschulen angekündigt. Die Berichterstattung hierüber erfolgte bereits im Mai 2007.

Herr Bürgermeister Predeick erklärt weiter, im Zuge dieser Entwicklung habe ihn der geschäftsführende Gesellschafter des Oelder Unternehmens Haver & Boecker, Dr. Reinhold Festge, vor einigen Wochen auf die Einrichtung einer Fachhochschule, eventuell auch als Abteilung der Fachhochschule Südwestfalen (FH SWF) angesprochen. Die FH SWF ist bereits als Anbieter des berufsbegleitenden Studiums in Oelde vertreten. An diesem berufsbegleitenden Studium beteiligen sich 24 junge Leute, allein 12 davon von der Firma Haver & Boecker. Auch fünf Schüler der 12. Klasse des Johanneums in Wadersloh nehmen daran teil.

Dr. Festge halte die Etablierung einer Fachhochschule insbesondere vor dem Hintergrund der Bindung von Fachkräften vor Ort für notwendig und sinnvoll. Dieses Ziel entspricht vollinhaltlich den Zielen des Stadtentwicklungskonzeptes 2015 + (vgl. Ziele BB 1-1 „Ansiedlung von Fachkräften in Oelde fördern“ - Seite 27, W 5-1 „Ausbau der Zusammenarbeit mit Universitäten - KNIFF“ - Seite 43, B 4-3 „Angebote zur beruflichen Qualifizierung“ - Seite 61). Herr Dr. Festge hatte zu diesem Zeitpunkt bereits zahlreiche Vorgespräche mit Vertretern der Kreis- und Landespolitik sowie der regionalen Wirtschaftsverbände geführt.

Verwaltungsintern habe Herr Predeick sich daraufhin mit dem Thema beschäftigt und Herrn Dr. Festge die grundsätzlich positive Haltung zu dessen Bemühungen signalisiert.

Die Ansiedlung eines Fachhochschulstandortes sei für Oelde eine große Chance. Wie bereits im Stadtentwicklungskonzept 2015 + ausgeführt, vertritt Herr Bürgermeister Predeick die Meinung, dass so den Anforderungen an moderne Wirtschaftsstandorte wirksam begegnet werden könne. Fachhochschulen bieten aufgrund ihrer großen Praxisnähe große Potentiale sowohl für die Studenten als auch für die heimische Wirtschaft. Von der positiven Imagewirkung für den Standort Oelde ganz zu schweigen.

Anlässlich der Eröffnung der Haver Academy seien die Überlegungen zur Ansiedlung einer Fachhochschule in Oelde dann, ohne Zutun der Verwaltung, öffentlich geworden.

Herr Bürgermeister Predeick versichert, dass die Ratsmitglieder bei weiteren Verfahrensschritten und über weitere Entwicklungen zeitnah und umfassend informiert werden.

Alle Vertreter der Fraktionen befürworten die vorgestellten Überlegungen und sprechen insbesondere Herrn Dr. Festge für seine Bemühungen besonderen Dank aus. Die Einrichtung eines Fachhochschulstandortes Oelde biete große Chancen für die Stadt.

Auf Anfrage teilt Herr Predeick mit, dass Oelde sich als Standort „bewerben“ werde, jedoch noch nicht klar sein, wie das Verfahren dafür ablaufen werde. Der Antrag auf Einrichtung einer Fachhochschule gehe nicht von der Stadt aus, sondern laufe von der Fachhochschule über das Land.

Frau Köß bittet darum, in Zukunft zeitnah und umfassend informiert zu werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

9. Verschiedenes

9.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Predeick teilt mit, das neue Kommunale Finanzmanagement werde bei der Stadt Oelde wie geplant zum 01.01.2008 eingeführt werden.

9.2. Anfragen an die Verwaltung

Keine.

Helmut Predeick
Vorsitzender

Regina Haferkemper
Schriftführerin